



Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Danhof (A) 3600-3665, Fernverkehr Danhof 3686-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660.

10 Pf. [Anwerbe- 15 Pf.] · Nr 328

# Berlin

DIENSTAG, 11. JULI 1933

Belegpreis monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 77 Pf. Bestellgebühr. Anzeigen: mm-Zeile 3 Pf., Familien-Ann.: mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

ABEND-AUSGABE

## Abschluß der Revolution

### Ein Rundschreiben des Reichsinnenministers an die Statthalter und Landesregierungen

Der Reichsminister des Innern, Dr. Frick, hat an sämtliche Reichsstatthalter und sämtliche Landesregierungen, für Preußen an den Ministerpräsidenten und an den Minister des Innern folgendes Rundschreiben gerichtet:

„In seinen letzten Aufträgen an die Statthalter und an die Reichsstatthalter hat der Reichszug einseitig festgestellt, daß die deutsche Revolution abgeschlossen ist. Soweit neben der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei noch politische Parteien bestanden, haben sie sich selbst aufgelöst. Ihre Wiederkehr oder Neubildung ist für alle Zeiten ausgeschlossen.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist damit der alleinige Träger des Staates geworden. Alle Macht dieses Staates liegt in den Händen der von dem Herrn Reichszugler allein geführten Reichsregierung, in der alle entscheidenden Momente mit zuverlässigen Nationalsozialisten besteht sind. Damit ist die steigende deutsche Revolution in das Stadium der Revolution, d. h. normativer gefestigter Aufbauarbeit getreten.

Wichtigste Aufgabe der Reichsregierung ist es nunmehr, die in ihr vereinigte totale Macht geistig und wirtschaftlich zu untermauern. Diese Aufgabe wird jedoch auf das schwerste gefördert, wenn weiterhin noch von einer Fortsetzung der Revolution oder von einer zweiten Revolution geredet wird. Wer jetzt noch so redet, muß sich darüber klar sein, daß er sich damit gegen den Führer selbst auflehnt und dementsprechend behandelt wird.

Solche Äußerungen stellen eine glatte Sabotage der nationalen Revolution dar und sind insofern geschnitten, die deutsche Wirtschaft, die damit von der Reichsregierung zur Lösung des Arbeitslosenproblems getroffene Maßnahmen im erfreulichen Wiedererfolg begriffen ist, neuen Beunruhigungen aussetzen und damit das deutsche Volk in seiner Gesamtheit zu schädigen. Das der Reichsregierung als Träger der nationalen Revolution in steigendem Maße entgegengebrachte Vertrauen, das gerade in der Verbildung der Wirtschaft und in dem besten Willen der Arbeitslosen ihren höchsten Ausdruck findet, darf unter keinen Umständen enttäuscht werden.

Jeder Versuch einer Sabotage der deutschen Revolution, wie er namentlich in unbefugten Eingriffen in die Wirtschaft und in Mißachtung von Anordnungen

der Träger der Staatsautorität zu erblicken ist, muß daher auf Grund der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 mit den schärfsten Maßnahmen (mindestens Schußhaft), gegen sie immer, gehandelt werden.

Soweit Eingriffe nötig und berechtigt sind, dürfen sie von nun an nur von den Trägern der Staatsautorität und auf deren ausdrückliche Anordnung und unter ihrer alleinigen Verantwortung erfolgen. Aufgabe der Herrn Reichsstatthalter und der Landesregierungen, insbesondere der zuständigen Minister des Innern, ist es, wie der Herr Reichszugler am 6. Juli d. J. ausdrücklich betont hat, mit allen Mitteln zu verhindern, daß irgendwelche Organisationen oder Parteien sich künftig noch Regierungsabfertigung anmaßen. Wennfalls besteht die Gefahr, daß die Gegner des Nationalsozialismus, insbesondere die Kommunisten und Sozialisten, versuchen werden, sich in die NSD oder die deutsche Arbeiterfront oder sonstige Organisationen einzuschließen, um unter ihrem Schutz die deutsche Wirtschaft fortgesetzt zu beunruhigen und der Regierung der nationalen Revolution Schwierigkeiten zu bereiten.

Im besonderen Auftrag des Herrn Reichszuglers ersuche ich die Herrn Reichsstatthalter und die Landesregierungen, die Autorität des Staates auf allen Gebieten und unter allen Umständen sicherzustellen und jeden Versuch, diese Autorität zu erschüttern oder auch nur anzuschwächen, woher er auch kommen mag, rückförsig und unter Einfluß aller statlichen Wachtmittel entgegenzutreten.

Ich bitte ferner, dafür zu sorgen, daß aus diesen Gründen künftig auch von der bisher geübten Einlegung von Kommissaren und Beauftragten Abstand genommen wird, da der unter ausschließlicher nationalsozialistischer Leitung stehende Staatsapparat in der Lage ist, die in Frage kommenden Aufgaben allein durchzuführen. Ich bitte daher, in eine beliebige Prüfung dieser Eingriffe einzutreten, wie die zur Zeit noch bestehenden Kommissariate usw., auf schnellstem Wege abgebaut oder, soweit unentbehrlich, in den ordentlichen Staatsapparat eingegliedert werden können, da jede Art von Nebenregierung mit der Autorität des totalen Staates unvereinbar ist. Spätestens bis zum 1. Oktober d. J. bitte ich mir mitzuteilen, auf welchen Gebieten ausnahmsweise die Beibehaltung von Kommissaren im Staatsinteresse unbedingt erforderlich erscheint.

den ersten Bauernaufmarsch der deutschen Geschichte in der Reichshauptstadt zu einer einwandfreien Festschlunde zu gestalten.

## Staatssekretär Willkens

Neue Staatsratsmitglieder

Der Preussische Ministerpräsident und Minister des Innern Brüning hat auf Vorschlag des Preussischen Landwirtschaftsministers Darre den Abgeordneten Willkens zum Staatssekretär im Preussischen Landwirtschaftsministerium ernannt. Ferner ist der Staatssekretär im preussischen Landwirtschaftsministerium Dr. Wistott auf seinen Wunsch in den einflussreichen Ansehen verkehrt worden, um einen ihm vom preussischen Staatsministerium übertragenen wichtigen Sonderauftrag übernehmen zu können.

Außerdem werden jetzt eine Reihe weiterer Namen von neuen Staatsräten bekannt, die aus den Reihen der Reichs- und Reichsstatthalter, der Wirtschaft, des Handwerks usw. kommen. Sie lauten: der Bischof Berning-Dombardt, Reichsnotar Graf von der Goltz-Stein, Dr. Brandes, früherer Präsident von Landwirtschaftsrat, Reichslandwirtschaftsminister Meining, Landwirtschaftsminister Dr. Reinhardt, Dr. Schifferer, Dr. Jarres-Dunow, Geheimrat Brüning, Geheimrat Wiegand von den Staatlichen Meeren, Professor Carl Schmidt-Röhn, Staatssekretär als Vertreter des Handwerks.

## Wie wir es sehen

Fricks Erlaß

Den vom Reichszugler früher veröffentlichten programmatischen Zeilen, wonach die nationalsozialistische Revolution in das Stadium der Evolution tritt und die Überleitung der revolutionären Kräfte in das Stadium des Aufbaus vor sich gehen soll, folgt jetzt die Durchführung in der Praxis. Reichsinnenminister Frick ist die Aufgabe zugefallen, die Durchführung in der Wege zu leiten. Von Reichs wegen wird der ausschließliche Anspruch des totalen Staates, dessen ausschlaggebende Reichsnationalsozialisten sind, verfestigt. Das Reich weiß die Reichsstatthalter und die von diesen kontrollierten Landesregierungen an. Bornehmtes Ziel, das allen anderen voranzugehen hat, ist die Befestigung und die Befestigung der Arbeitslosigkeit, somit die Rückstufung auf die Wirtschaft. Sehr nachdrücklich wird deshalb jede unzulässige Betätigung irgendeiner Organisation, welche auch immer es ist, unterbunden. Wer dem sich widersetzt, ist heißt es in den Rundschreiben, widerstehe sich dem Willen des Führers und werde dementsprechend behandelt. Die Entförslichkeit, mit der hier vorgegangen werden soll, ist unmissverständlich. Sie wird an anderer Stelle noch klarer zum Ausdruck gebracht durch die Androhung der schärfsten Maßnahmen, mindestens der Schußhaft. Ständig für den Wobau der überflüssig gewordenen Kommissare ist der 1. Oktober, der auch für eine Reihe von Maßnahmen auf dem Gebiete des Bauern- und Anwaltsrechts festgelegt ist. Der Bundesrat Frick weiß auf die Angelegenheiten wirtschaftlicher Beförderung hin. Diese Angelegenheiten zu fördern und den wirtschaftlichen Anstieg vor ihrem Rückstufung zu bewahren, ist das große Ziel, dem auch der neue Bundesrat des Reichsinnenministeriums dient.

## 13 Jahre ostpreussisches Treuebekenntnis

Wieder wird der deutsche Abstammungsgegner in den Städten Ostpreußens gefeiert, und auch im Reich denkt man heute des Tages, da vor dreizehn Jahren Ostpreußen das Treue blickt. Wutig betante sich damals dieses auf fargem Boden an Entbehrungen gewöhnte Arbeitervolk zu dem Deutschland, das unter den noch heißen Schritten des Berliner Diktats litt. 98 v. S. der Bevölkerung stammte für Deutschland, obwohl Polen und die Entente-Kommissionen alles taten, um die Trennung gegen Deutschland zu machen. Auch in den folgenden Jahren hat die polnische Besatzung weiter zu arbeiten versucht. Aber immer erfolglos. Das muß um so mehr anerkannt werden, da es der Bevölkerung dieser maritimen Gebiete in den letzten dreizehn Jahren nie gut ergangen ist. Die schwierige Lage der deutschen Landwirtschaft und die Wirtschaftskrise Ostpreußens überhaupt wickeln sich hier besonders schwer aus. Zwar half das Reich noch Kräfte, aber die Mittel waren beschränkt, und die Nachfrage der maritimen Lage Ostpreußens ließen sich nicht ausgleichen. Auch heute kämpft der ostpreussische Landbau auf den sandigen Böden seiner maritimen Heimat um die wirtschaftliche Existenz. Das Reich muß ihn in diesem schweren Ringen unterstützen. Jedoch will der Ostpreuße keine Almosen. Er will seine Kräfte nutzen. Der Staat soll Arbeit schaffen, soll handeln und Industrien auf das Land verlegen. Was im Westen Deutschlands zu viel ist, soll nach dem Osten verpflanzt werden. Die Reichsregierung ist im Begriff, ein neues großes Wirtschaftsprogramm für Ostpreußen aufzustellen, das sehr viel dazu beitragen würde, die Lage dieser bedrängten Provinz zu bessern. Der Ostpreuße weiß, daß es nicht leicht ist, um wirksame Hilfe zu bringen. Seine wirtschaftliche und politische Lage ist so schwierig, als daß mit der Verplanung einiger Industrien die Verhältnisse grundlegend gebessert werden könnten. Vom Osten ist Handel und Wandel durch eine sinnvolle Bauern abgelehnt. Die politische Gefahr besteht weiter. Die Abwärtstriebe im Reich sind beschränkt. Trodem läßt die Provinz den Mut nicht sinken, voll Vertrauen, das das Reich alles für sie tun wird, was im Rahmen des Möglichen liegt.

## Chamberlains Währungspolitik

Reville Chamberlain hat im Unterhause die Stellung der englischen Regierung zur Weltwirtschaftskonferenz erläutert, — postum, wie das dem Wohlwille eines Staatsrats auskommt, das für den eiligen Zusammentritt der Konferenz in bestimmtem Maße verantwortlich ist, und negatiu, wie das nach dem Verlauf nicht anders möglich sein konnte. Der Schatzkanzler selber war stets skeptisch, der Treibende war MacDonald — trotz des allseitigen Gepöps, mit dem er aus Washington zurückkam. Wenn er wirklich davon dachte, nach einer erfolgreichen Konferenz sich rühmlich ins Privat-

## Auflösung der Volksbühne

Vereinigung mit dem Reichsverband Deutsche Bühne

Der außerordentliche Volksbühnentag, der heute im Preussischen Landtag zulandtrat, hat einstimmig die Überleitung des Bühnenvereinsverbands in den Reichsverband Deutsche Bühne beschlossen.

## Bauernaufmarsch in Berlin erst nach der Ernte

Ein Aufruf Minister Darres

Reichsentrungsmittler Darre erläßt folgenden Aufruf: „Ich habe davon Kenntnis bekommen, daß die Bauernverbände mir zu Ehren am morgigen Mittwoch, den 12. Juli, eine Kundgebung im Berliner Volkspark beschließen. Ich danke den deutschen Bauern von Herzen für die mit zugegebener Ehrung die den Bauern Berlins noch niemals da war. Aber in Betracht dessen, daß wir heute am Beginn der neuen Ernte sind, bitte ich, von dem Aufmarsch abzusehen. Wir wollen warten, bis wir Bauern die Ernte geerntet und damit unsere Pflicht gegenüber dem ganzen deutschen Volk erfüllt haben, dann wird die Zeit sein, die maßvoller Kundgebung der Öffentlichkeit die Bedeutung des deutschen Bauernraums vor Augen zu führen und